

# Geschäftsbericht 2002 **der Stadt St. Gallen**



## **Geschäftsbericht 2002 der Stadt St. Gallen**

Allgemeiner Rechenschaftsbericht  
des Stadtrates über das Amtsjahr 2002



# st g allen

## Stadtrat der Stadt St.Gallen

Dr. Heinz Christen, Stadtpräsident

Dr. Franz Hagmann, Stadtrat, Technische Betriebe

Liana Ruckstuhl, Stadträtin, Schulverwaltung

Hubert Schlegel, Stadtrat, Polizeiverwaltung/Soziale Dienste

Elisabeth Beéry, Stadträtin, Bauverwaltung

Dr. Manfred Linke, Stadtschreiber







7

## EINLEITUNG

9	1 Stadtentwicklung
11	2 Wirtschaft
13	3 Jugend und Bildung
15	4 Sport und Erholung
17	5 Kultur
19	6 Sicherheit
21	7 Sozialaufgaben
24	8 Verkehr
27	9 Versorgung
28	10 Entsorgung
29	11 Verwaltung
31	12 Finanzen
33	13 Umweltschutz
34	14 Bürgerschaft und Behörden

## **GELEBTE GEMEINSCHAFT: FEIERN IM JAHRESABLAUF DER STADT**

Die Stadt St.Gallen erlebte im Juni 2002 ein Kinderfest, wie es im Buche steht: ein heisser Sommertag unter strahlend blauem Himmel gab die Kulisse ab für dieses Fest. Im August ging das St.Galler Fest an einem total verregneten Wochenende in der Altstadt über die diversen Bühnen. Im Dezember schliesslich erhielt der Pantomime und Clown Pic im Theater St.Gallen den Kulturpreis der Stadt St.Gallen, nur alle vier Jahre verliehen wird. Das Kinderfest zog wieder viele «Heimweh-St.Gallerinnen und St.Galler» in die alte Heimat zurück. Das St.Galler Fest hat bewiesen, dass sich die Städterinnen und Städter und mit ihnen die ganze Region auch von schlechtem Wetter nicht abbringen lassen, Festfreude regional miteinander zu erleben. Und der Kulturpreis fand Beachtung über die Grenzen unserer Region hinweg.

Im St.Galler Jahresablauf gibt es darüber hinaus einige Anlässe, die zwar kleiner, aber uns ebenfalls lieb geworden sind: unsere spezielle Art, den 1. August mit einem Gottesdienst zusammen mit der katholischen, evangelisch-reformierten, christkatholischen Kirchgemeinde und der jüdischen Gemeinde zu feiern und anschliessend bei schönstem Wetter einen Apéro unter freiem Himmel zu geniessen; die Gallusfeier am 16. Oktober im Gedenken an die Stadtgeschichte und zur Förderung des Zusammenhalts über die gesellschaftlichen Schranken hinweg; der regional begangene Jungbürgerinnen- und Jungbürgertag zur Begrüssung eines neuen Jahrganges im politischen Leben; die St.Galler Partys für neue Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Man trifft sich in St.Gallen und fühlt sich als St.Gallerin oder St.Galler: man liebt seine Stadt.

Der vorliegende Geschäftsbericht 2002 zeigt Schwerpunkte der Leistungen der Stadtverwaltung im letzten Jahr auf. Die Bilder vom Kinderfest rufen Eindrücke dieses herrlichen Tages in Erinnerung. Blättern Sie im Geschäftsbericht – und freuen Sie sich auf die Anlässe im Jahr 2003.

Stadtrat St.Gallen

### **Wünschen Sie Zusatzinformationen?**

Bestellen Sie den Controlling-Teil, der über die Arbeit der Dienststellen berichtet und eine Fülle von Daten über die letzten drei Jahre enthält. Einen separaten Teil bilden die Legislaturziele des Stadtrates für die Amtsdauer 2001-2004. Neben einer Standortbestimmung finden Sie darin einen Rückblick auf die Legislatur 1997-2000. Der Bericht über die Legislaturziele des Stadtrates zeigt auch auf, welche Schwerpunkte der Stadtrat in der laufenden Legislatur setzen und welche konkreten Ziele er erreichen will. Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, Telefon 071 224 53 25.







Im vergangenen Jahr sind verschiedene Überbauungs- und Gestaltungspläne erarbeitet worden. Auf ihrer Grundlage entstehen grössere Wohnüberbauungen und Geschäftshäuser. In der Planungstätigkeit bildete die Erarbeitung eines neuen Richtplanes einen Schwerpunkt.

### Vielfältige Aufgaben

Stadtentwicklung kann vieles umfassen, soll hier aber auf bauliche und nutzungsmässige Aspekte eingegrenzt werden. Die Aufgaben der Stadt als politische Gemeinde in diesem Zusammenhang sind vielfältig; die Stadt will

- ▶ erwünschte, positive Entwicklungen unterstützen und fördern und im öffentlichen Interesse die Rahmenbedingungen festsetzen,
- ▶ unerwünschte, negative Entwicklungen einschränken und verhindern.

Für diese Ziele stehen der Stadt verschiedene Instrumente zur Verfügung, so unter anderem die Abgabe von eigenen Bodenreserven, die Erschliessungspolitik, die Wirtschaftsförderung und das Wohnortmarketing. Direkte Einflussnahme auf einzelne Projekte ist mit den «Sonderbauvorschriften», also Überbauungs- und Gestaltungsplänen, möglich.

### Wohnbauprojekte

Mit «massgeschneiderten» Überbauungs- oder Gestaltungsplänen konnten auch 2002 verschiedene grössere Wohnüberbauungen realisiert werden. Die dafür besonders ausgearbeiteten Rechtsgrundlagen ermöglichten den Bauherren die Verwirklichung ihrer Projektvorstellungen und Nutzungsabsichten; gleichzeitig konnte die Stadt die öffentlichen Interessen und namentlich die Qualität der Bauten und ihrer Umgebung sicherstellen:

- ▶ Das Gebiet «Rosenbüchel» zeigt die mit Sonderbauvorschriften mögliche Flexibilität für Grundeigentümer und Investoren. Ein Gestaltungsplan aus den 90er Jahren mit Hochhäusern konnte nicht realisiert werden. Zusammen mit den künftigen Bauherren

arbeitete die Stadt einen neuen, der heutigen Nachfragesituation angepassten Plan aus. Hier sollen in den nächsten Jahren über 100 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entstehen.

- ▶ Ähnliches gilt für das Gebiet «Vogelherd Nord». Auch hier blieb ein Gestaltungsplan mit früheren Projektideen unverwirklicht. Ein neues Projekt mit zeitgemässer Siedlungsstruktur soll nun die Basis für eine grosse Wohnüberbauung bilden.
- ▶ Im Gebiet «Wartensteinstrasse» soll mit einem Gestaltungsplan eine innerstädtische Baulandreserve für das Wohnen genutzt werden. Der Plan berücksichtigt die privaten Interessen einer verdichteten Nutzung, aber auch die öffentlichen Interessen einer guten Einfügung in das Quartier.

### Innenstadtprojekte

Projektbezogene und bedarfsgerechte Lösungen mit Überbauungs- und Gestaltungsplänen sind auch in der Innenstadt, hier vor allem im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung ausgearbeitet und vorangetrieben worden. Von besonderer Bedeutung sind dabei

- ▶ das Projekt «Einstein Kongress» – ein Gestaltungs- und Überbauungsplan wird die Erstellung des Kongresszentrums mit Hotelerweiterung, Geschäftsnutzungen und Wohnungen ermöglichen.
- ▶ das Projekt «Geltenwilenstrasse» – hier entsteht aufgrund eines Gestaltungsplanes ein Geschäftshaus an zentraler, verkehrsmässig sehr gut erschlossener Lage.
- ▶ das Projekt «Bleicheli Süd» – damit werden die Raiffeisenbanken den sukzessiven Ausbau ihres schweizerischen Zentralsitzes in St.Gallen mit einem Ausbildungszentrum vorläufig abschliessen.



Das meistdiskutierte Vorhaben des Jahres 2002 war zweifellos das Stadion und Einkaufszentrum, das im Westen der Stadt beim Autobahnanschluss entstehen soll. Auch für dieses Projekt ist ein Überbauungsplan als besondere Rechtsgrundlage ausgearbeitet und Ende 2002 öffentlich aufgelegt worden. Das künftige Stadion, das zusammen mit einem Einkaufszentrum, einem Freizeitbereich, einer grossen Tiefgarage und umfangreichen Erschliessungsbauten erstellt werden soll, wird einen wichtigen Schwerpunkt in der Stadtentwicklung der nächsten Jahre darstellen. Die ausserordentlich komplexen Zusammenhänge erfordern als Vorbereitung komplizierte rechtliche Verfahren mit Zonenplanänderungen, Überbauungsplan, Umweltverträglichkeitsprüfung, Erschliessungs- und Staatsstrassenprojekten sowie Angeboten des öffentlichen Verkehrs.

Die Entwicklung einer Stadt wird vor allem im Bewusstsein der Bevölkerung von einzelnen auffallenden und vieldiskutierten Grossprojekten wie dem Stadion bestimmt, sie ist aber auch von zahlreichen kleineren Projekten geprägt. Deshalb ist eine übergeordnete planerische Sichtweise, eine langfristige Konzeption und eine gute Koordination der verschiedenen Aspekte notwendig. Die Richtplanung soll die verschiedensten Bereiche wie Siedlung, Landschaft, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Finanzen zusammenbringen. Die neue Erarbeitung der Richtplanung für St.Gallen bildete einen Schwerpunkt der Planungstätigkeit 2002 und wird in der kommenden Zeit auch Stadtrat und Grossen Gemeinderat beschäftigen.



#### Wohnbevölkerung Stadt St.Gallen 1998 bis 2002

Einwohnende am 31.12.	1998	1999	2000	2001	2002
Schweizer/-innen	51 324	51 174	51 046	50 860	51 209
Ausländer/-innen	18 423	18 624	18 728	19 159	19 419
Gesamtbevölkerung zW	69 747	69 798	69 774	70 019	70 628
Gesamtbevölkerung wW	74 114	74 095	74 020	74 285	74 731



#### Zuwachs an Wohnungen

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
294	262	366	184	105	160	79	440



#### Saldo der Wanderungsbewegungen

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
-133	-575	-692	-434	+87	+96	+246	+661

Die Wirtschaft der Stadt St.Gallen hat sich in einem wenig begünstigenden Klima erfreulich gut behauptet; die Stadt St.Gallen blieb verschont von grösseren Betriebschliessungen; der Abschluss und die Projektierung bedeutender Bauvorhaben sowie der Zuschlag für das Bundesverwaltungsgericht bildeten die positiven Schlagzeilen des abgelaufenen Jahres. Diese günstige Entwicklung dürfte auch die künftige Attraktivität des Wirtschaftsstandortes St.Gallen stimulieren.

### **Rege Bautätigkeit**

Verschiedene architektonisch ansprechende und modern konzipierte Bauvorhaben konnten im Jahr 2002 fertiggestellt und eingeweiht werden, so unter anderem der von den renommierten Architekten Herzog & de Meuron entworfene Erweiterungsbau am Hauptsitz der Helvetia Patria auf dem Rosenberg, ein gelungenes Verwaltungsgebäude des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken auf dem Areal «Bleicheli-Nord» sowie das imposante Druckzentrum der St.Galler Tagblatt AG in Winkeln. Verschiedene Grossprojekte, die eine wirtschaftliche Belebung versprechen, wurden planerisch und bewilligungsmässig

weiter vorangetrieben wie das Stadion-Gesamtprojekt, das Einstein-Kongresszentrum, das Polysportive Zentrum Ostschweiz, die Eishalle und der Neubau der Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit. In Bau befinden sich zahlreiche Geschäftshäuser im Zentrum und an der Peripherie sowie der Hotelbau mit A-Casino in St.Gallen. Erfreulich war auch die rege Bautätigkeit im privaten Wohnbau.

### **St.Gallen als Sitz des neuen Bundesverwaltungsgericht**

Als Erfolg wurde der Entscheid des Bundesparlaments kommentiert, das beehrte und prestigeträchtige





tige Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen anzusiedeln. Der Stimmungsumschwung im Differenzbereinigungsverfahren zwischen den Kammern ist einer beharrlichen Lobbyarbeit, Hartnäckigkeit und Einmütigkeit der Ostschweizer Behörden sowie Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu verdanken. Das neue Bundesverwaltungsgericht schafft nach heutigem Planungsstand ab dem Jahr 2006 rund 250 qualifizierte Arbeitsplätze. In einer gemischten Arbeitsgruppe von Bund, Kanton und Stadt St.Gallen werden die Planungsarbeiten zügig angegangen.

### **Umbaupläne der Post als Wermutstropfen**

Die Schweizerische Post will sich für die europaweite Öffnung des Postmarktes rüsten. So sollen zum einen das Poststellennetz in der ganzen Schweiz umgebaut und zum andern die bisherigen 18 Briefverteilzentren durch drei bis fünf neue, leistungsfähigere Einheiten ersetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Dies hat auch Auswirkungen für die Stadt. So soll die Zahl von heute 14 auf neu 11 Poststellen reduziert werden. Der definitive Entscheid der Post über die künftige Ausgestaltung des Stadtnetzes steht zur Zeit noch aus. Hingegen wurde aufgrund der Kündigung des Mietvertrages die Filiale Rotmonten im Berichtsjahr bereits geschlossen.

Die Pläne der Post zur Schliessung der heutigen Briefverteilzentren sind auf breiten Widerstand gestossen. Betroffene Kantone und Städte – darunter auch St.Gallen – haben bei der Konzernleitung ihren Standpunkt klar eingebracht. Seitens Post werden nun neue, regional- und sozialverträglichere Lösungen ausgearbeitet. Bei der Lösungsfindung sollen auch die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren und der Städteverband mit einbezogen werden. Der Entscheid über die neue Struktur wird im Mai 2003 fallen.

### **Moderate Auswirkungen des Konjunktüreinflusses**

Die zunehmend schwierigere konjunkturelle Lage im Berichtsjahr, durch geopolitische Unsicherheiten zusätzlich belastet, dürfte sich auch auf den Geschäftsgang zahlreicher städtischer Unternehmen ausgewirkt haben. Glücklicherweise blieben schmerzhaft betriebsschliessungen, wie sie die Region insbesondere mit Swiss Dairy Food AG in Gossau oder mit der NAW Nutzfahrzeuge AG in Arbon leider hinnehmen musste, aus.

Die städtische Arbeitslosenquote hat sich im Vorjahresvergleich von 2.2 Prozent auf 3.7 Prozent per 31. Dezember 2002 erhöht. Der entsprechende Wert beträgt im Kanton St.Gallen 2.9 Prozent beziehungsweise 3.6 Prozent in der Schweiz. Im Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte weist St.Gallen damit nach Basel die zweittiefste Quote aus, gleichauf mit den Städten Bern und Thun.

Ermutigend hingegen sind die Ergebnisse der Eidgenössischen Betriebszählung 2001. Sie belegen die Bedeutung von St.Gallen als Ostschweizer Wirtschaftszentrum und Standort mit attraktivem Arbeitsplatzangebot. Zwar nahm im Zeitraum 1991 bis 2001 die Zahl der auf Vollzeitstellen umgerechneten Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) um 3.1 Prozent ab. Dieser Rückgang fiel im Vergleich zum Kanton St.Gallen mit -4.5 Prozent, bzw. der Schweiz mit -4.3 Prozent jedoch moderater aus. Auch unter den zehn grössten Schweizer Städten weist St.Gallen damit den niedrigsten Beschäftigungsverlust aus.

### **Neuorganisation der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung**

Der Grosse Gemeinderat hiess im Oktober 2002 den Postulatsbericht «Neuorganisation und neue Schwerpunkte der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung» mehrheitlich gut. Vereinzelt gab es für die Haltung des Stadtrates, auf die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Organisation für ein regionales Standortmarketing zu verzichten, solange ein entsprechendes Interesse weder bei den Regionsgemeinden noch in allen Wirtschaftskreisen ausgemacht werden könne.



Integration und Förderung sowie Informatik in der Volksschule: Die städtischen Schulen haben sich im Jahr 2002 mit der Weiterentwicklung verschiedener Projekte und Konzepte beschäftigt. Ein Glanzlicht im Schuljahr war das 117. St.Galler Kinderfest.

### Kinderfest 2002

Ein Glanzlicht im Schuljahr 2002 war das 117. St.Galler Kinderfest. Bereits im Vorfeld des Festes besuchten Tausende die eigens für diesen Anlass erstellte Homepage. Nach dreizehnmaliger Verschiebung fand das Kinderfest schliesslich am Freitag, 14. Juni, bei hochsommerlichen Temperaturen statt. Unter dem Motto «Hüt g'hört d'Stadt üs» präsentierten sich die Schulen der Stadt St.Gallen in einem farbenprächtigen, fantasievollen Umzug. Die Sujets des Umzuges waren auch Motto für die Darbietungen auf den Festbühnen. Die schrittweise Öffnung des Kinderfestes vom «Stickereifest» zum «Schulfest» beflügelte nicht nur die Fantasie der Primarschulen, sondern auch der Oberstufenschulen, die mit neu-

artigen, begeisternden Darbietungen aufwarteten. Trotz des Wandels lebt das traditionelle St.Galler Kinderfest, ist fest im kulturellen Leben der Stadt verwurzelt und strahlt weit über sie hinaus.

### Förderkonzept

In der Primarschule und in den Kindergärten der Stadt St.Gallen sind, gestützt auf das Konzept «Gesundheitsfördernde Schule», die verschiedenen Teilkonzepte mit spezieller Förderung zusammengefasst worden. Das «Förderkonzept» bildet die Grundlage für die Steuerung der Fördernden Massnahmen und für die weitere Schulentwicklung in diesem Bereich. Es teilt die Ressourcen zu, bestimmt die Rollenverteilung der verschiedenen Leistungserbringer und regelt die Ent-





scheidungskompetenzen. Das Konzept baut auf den Grundsätzen auf, dass das einzelne Kind mit seiner individuellen Persönlichkeit im Mittelpunkt der Förderung stehen muss und dessen Integration in die Regelklasse unter Berücksichtigung optimaler Fördermöglichkeit Vorrang vor der Separation hat. Es geht weiter davon aus, dass die heterogene Klasse eine Chance für die Schwachen und Starken ist, da verschiedene Talente und Begabungen vielfältige Lernanreize im «Gemeinsam Lernen unter einem Dach» bieten. Heterogene Klassen erfordern aber innerhalb des Klassenverbandes eine sinnvolle und effektive Differenzierung mit Arbeit in Kleingruppen und Partnerarbeit. Der Aufwand an therapeutischen Massnahmen hat in einem günstigen Kosten/Nutzenverhältnis zu stehen. Wo weiterhin Kleinklassen geführt werden, sind diese in die Schulentwicklung der einzelnen Quartiere zu integrieren.

Mit dem «Förderkonzept» erfolgt im Rahmen der städtischen Schulentwicklung ein weiterer Schritt zur Stärkung der öffentlichen Volksschule.

## Informatik in der Volksschule

Die Informations- und Kommunikationstechnik greift immer mehr in die Lebensbereiche der Gesellschaft ein. Diese Entwicklung bringt es mit sich, dass bereits Kinder im Primarschulalter mit Computeranwendungen vertraut sind und deshalb Informatik und Internet auch für die Volksschulen an Aktualität gewinnen. Zudem werden vermehrt Unterrichtsmittel geschaffen, für deren Einsatz Informationstechnologie vorausgesetzt wird (z.B. «Envol», «verflixt und zugenäht»). Der Einsatz des Computers gewinnt so als individuelle Lernhilfe, als Werkzeug und als Unterrichtsmedium an Bedeutung. Gemäss dem städtischen Konzept «Ausbau der Informatik in den Volksschulen und Kindergärten der Stadt St.Gallen» sollen die Schülerinnen und Schüler den Computer im Unterricht als integriertes Werkzeug zum Erschliessen von Informationsquellen, für die Informationsverarbeitung und zur Wissensvermittlung nutzen. Nebst dem Einsatz im Unterricht gehört der Computer aber auch zur Standardausrüstung am Arbeitsplatz der Lehrkräfte für die Unterrichtsvorbereitung. Bis Ende 2005 sollen alle 31 Schulhäuser mit den entsprechenden Informatikmitteln ausgerüstet sein. In einer ersten Etappe wurden die drei Schulhäuser Bach, Hebel und Spelterini mit Computern ausgerüstet.

### Volksschule

	1999	2000	2001	2002
Anzahl Schülerinnen und Schüler	7 315	7 324	7 254	7 216
Anzahl Klassen	381.3	387.7	388	385
Anzahl volle Pensen	561.9	568.7	566.6	564.9

### Familienergänzende Betreuung

	1999	2000	2001	2002
<b>Anzahl Schülerinnen und Schüler:</b>				
▶ Horte	176	174	170	186
▶ Freiwillige Schulhausangebote	104	125	148	169
▶ Gesamt	280	299	318	355
<b>Anzahl volle Pensen:</b>				
▶ Horte	20.28	19.90	21.28	21.75
▶ Freiwillige Schulhausangebote	1.23	1.48	1.62	1.92
▶ Gesamt	21.51	21.38	22.90	23.67

St.Gallen erhält eine neue Eishalle. Bis sie gebaut ist, steht für den Eissport auf der Kreuzbleiche eine provisorische Anlage zur Verfügung. Für das Polysportive Zentrum Ostschweiz wurden die Projektierungsarbeiten weitergeführt.

### Überwältigende Zustimmung zur Eishalle

In der Volksabstimmung vom 22. September 2002 haben die St.Gallerinnen und St.Galler den Neubau einer Eishalle im Lerchenfeld mit einem überwältigenden Mehr von über 80% gutgeheissen. Dabei hatte das Projekt noch anlässlich der Budgetdebatte des Grossen Gemeinderates im Dezember 2001 schlechte Noten erhalten, da die Kosten mit CHF 24 Millionen deutlich über dem prognostizierten Betrag lagen. In den Beratungen der Baukommission und auch an den öffentlichen Veranstaltungen setzte sich dann die Haltung durch, dass eine Eishalle zur Grundinfrastruktur einer Stadt wie St.Gallen gehört und eine solche Anlage ihren Preis hat.

Das neue Eissportzentrum wird die alte «Eisbahn» im Lerchenfeld ablösen, die zusammen mit dem Schwimmbad im Jahre 1961 eingeweiht wurde. Sie war auf privater Basis durch die damalige «Genossenschaft Kunsteisbahn und Schwimmbad Lerchenfeld» entstanden. Die Anlagen boten stets sehr beliebte Freizeit- und Sportangebote. Die Betriebsführung und Finanzierung überstieg aber im Laufe der Zeit die Möglichkeiten der privaten Trägerschaft. Im Jahre 1990 stimmte deshalb das Stadtparlament der Übernahme der Anlagen durch die Stadt zu. Mit minimalen Mitteln wurde die Eisbahn in betriebsfähigem Zustand gehalten. Die Anforderungen aus der Umweltschutzgesetzgebung konnte die technisch veraltete Anlage je länger je weniger erfüllen. Die Planung einer Neuanlage wurde unumgänglich.

Die neue Eissportanlage im Lerchenfeld umfasst eine moderne, vollklimatisierte Halle und ein Auseneisfeld. Sie ist primär für den Breiten-, Schul- und Vereinssport konzipiert. Möglich sind aber auch Eishockeyspiele bis zur Nationalliga B. Die Kombination mit dem Schwimmbad ermöglicht rationelle Doppelnutzungen. So kann ein grosser Teil der Infra-

struktur der neuen Anlage (Garderoben, Kasse, Sanitäranlagen, Restaurant, Parkplätze) im Sommer für das Bad genutzt werden.

### Provisorisches Eisfeld auf der Kreuzbleiche

Während der Bauzeit der Neuanlage in den Wintern 2002/2003 und 2003/2004 muss die St.Galler Bevölkerung nicht auf Eissport verzichten. Auf dem Hartplatz hinter der alten Turnhalle Kreuzbleiche erstellte das Sportamt ein provisorisches Eisfeld, das am 1. November trotz schlechter Wetterbedingungen rechtzeitig eröffnet werden konnte.

Die provisorische Anlage verfügt über eine einfache Infrastruktur. Als Garderoben für die Vereine und die Öffentlichkeit dienen die Fussballgarderoben im seitlichen Anbau der alten Turnhalle. Dort befinden sich auch die sanitären Anlagen. Zentrales Element für den Betrieb bildet ein einfacher Holzpavillon zwischen dem Eisfeld und der Sporthalle. Darin sind die Kasse, die Schlittschuhausgabe und ein Aufenthaltsraum mit Verpflegungsautomaten und einem Selbstbedienungskiosk untergebracht. Bei schönem Wetter bestehen im Freien zusätzliche Sitzgelegenheiten. Mit den Bus-Linien 1 und 7 sowie der Parkgarage Kreuzbleiche ist die Anlage gut erschlossen. Ein Belegungsplan orientiert Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit über die Benutzungsmöglichkeiten der Eisbahn.

### Polysportives Zentrum Ostschweiz (PZO)

Für den geplanten Bau eines Polysportiven Zentrums Ostschweiz (PZO) erfolgte zur Vorbereitung des Projektes die Durchführung eines Wettbewerbes. Die Projekte der engeren Wahl wurden im Rahmen des Architekturwettbewerbes einem neutralen Kostenplaner zur Beurteilung des Investitionsvolumens und



der Wirtschaftlichkeit übergeben. Die Resultate veranlassten das siegreiche Planerteam zu weiteren Kostenstudien. Da auch mit diesen Studien eine hohe Ungewissheit bezüglich der Baukosten und deren Finanzierung blieb, wurde für die weitere Planung ein besonderer Projektverlauf festgelegt. In einem ersten Projektierungsschritt wurde mit einem Teilbeitrag des vom Grossen Gemeinderat für die Ausarbeitung eines PZO-Projektes bewilligten Kredites die Kostenermittlung vor allem in jenen Bereichen verifiziert, in denen die grössten Unsicherheiten bestan-

den. Diese Bereiche betrafen den Baugrund, die Statik und generelle Konstruktion, die Fassadentechnik und Materialisierung sowie die sportspezifische Ausstattung für die 200m-Rundbahn. Mit der Kostenermittlung für alle Arbeitsgattungen konnte aufgezeigt werden, dass das PZO mit dem vorgegebenen Kostendach von CHF 40 Millionen realisiert werden kann. Unter der Voraussetzung, dass die Stadt und der Kanton als Träger des künftigen PZO die Finanzierung sichern können, wird in einem nächsten Schritt das Projekt fertig geplant.





Nur alle vier Jahre wird der Kulturpreis vergeben, der die höchste kulturelle Auszeichnung der Stadt St.Gallen darstellt. Er ging im Jahr 2002 an den Clown und Pantomimen Pic. Das Projekt «Mummenschanz-Theater» wurde vom St.Galler Stimmvolk abgelehnt.

### Kein Mummenschanz-Theater

Am 22. September 2002 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einer Referendumsabstimmung mit 9609 Ja und 11137 Nein gegen die Absicht entschieden, das für die Expo.02 gebaute Mummenschanz-Theater nach St.Gallen zu holen und auf der Volksbadwiese zu platzieren. Damit wurde ein Projekt verworfen, das verschiedene kulturelle Anliegen und Bedürfnisse hätte abdecken können wie z.B. die Schaffung eines Veranstaltungsraums für Gastspiele im Bereich des Tanzes und der Kleinkunst. Die räumlichen Voraussetzungen für die Aufwertung der Sparte Tanz innerhalb der Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen (KTSG) hätte verbessert werden können. Der freien Tanzszene wäre praktisch kostenlos eine Bühne zur Verfügung gestanden. Das Mummenschanz-Theater hätte auch die Möglichkeit eröffnet, in Zusammenarbeit mit der Mummenschanz Stiftung in St.Gallen ein internationales Festival für non-verbales Theater zu etablieren.

Ob die verschiedenen Bedürfnisse in einer anderen Form gedeckt werden können, wird sich in Zukunft zeigen müssen. Es ist aber davon auszugehen, dass jede andere Lösung wesentlich höhere Kosten verursachen wird als das Projekt Mummenschanz-Theater, das aufgrund einer Zusammenarbeit zwischen KTSG, Stiftung Mummenschanz und der Stadt erhebliche Synergien frei gesetzt hätte.

Das in der Abstimmung erfolgreiche Referendumskomitee befürchtete zu hohe Kostenfolgen. Überdies war der vorgesehene Standort auf der Volksbadwiese umstritten.

Vertreterinnen und Vertreter der freien Tanz- und Theaterszene haben im Vorfeld der Abstimmung erklärt, das Projekt Mummenschanz-Theater entspreche nur zu einem kleinen Teil ihren Bedürfnissen.

Aus ihrer Perspektive wäre die Bildung eines Zentrums mit Produktions- und Veranstaltungsräumen sowie dessen Verbindung mit anderen Kultursparten (Literatur, bildende Kunst) anzustreben (Projekt t.haus). Nähere Angaben über Investitionsbedarf, Betriebskosten, Finanzierung und mögliche Standorte konnten aber nicht gemacht werden.

### Pic erhält Kulturpreis 2002 der Stadt St.Gallen

Der städtische Kulturpreis, der alle vier Jahre vergeben wird und die höchste kulturelle Auszeichnung der Stadt St.Gallen darstellt, wurde auf Antrag der Kommission für Kulturförderung dieses Jahr an den Clown und Pantomimen Pic (Richard Hirzel) verliehen. Im Urkundentext wird dessen Wirken mit folgenden Worten gewürdigt:

«Der in St.Gallen aufgewachsene und seither hier lebende Pic geniesst im breiten Publikum wie in Fachkreisen gleichermassen höchstes Ansehen. Seine künstlerische Arbeit zeichnet sich neben einem fundierten Können als Artist und Mime durch Sensibilität, Virtuosität, Leichtigkeit und subtile Beobach-





tung aus. Aus ihr spricht aber auch ein feines Gespür für die Sorgen und Nöte der menschlichen Existenz. Humor ist hier als Appell zur Toleranz, zur Überwindung sprachlicher und sozialer Grenzen verstanden.

Pic kommt das Verdienst zu, im Genre der Clownerie die verborgene Welt der Träume und den Zauber der Poesie wieder zur Geltung gebracht zu haben. Mit seiner berühmtesten Nummer, bei der er als Pierrot Lunaire einer sternendekorierten blauen Kugel entsteigt und kleine und grosse Seifenblasen in die Luft steigen lässt, hat er Tausende von Menschen in aller Welt berührt und begeistert. Sie gilt heute als Klassiker und Meilenstein der Kleinkunst.

Seiner Heimatstadt St.Gallen ist Pic trotz des internationalen Erfolgs immer verbunden geblieben. Sie

verdankt ihm zwei unvergessene zirkensische Spektakel unter dem Namen Picopello-Circus, welche die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt einander näher brachten, ihr Bewusstsein für die Schönheiten dieser Stadt schärfen und letztlich zur Erhaltung des Dammquartiers und der Frauenbadanstalt auf Dreiwiehern beitrugen.»

Der Kulturpreis wurde am 15. Dezember anlässlich einer Feier im Theater St.Gallen vom Stadtpräsidenten übergeben. Der Auftritt des bekannten bayerischen Satirikers Gerhard Polt, der aus Freundschaft zu Pic bereit war, die Laudatio zu halten, begeisterte das zahlreiche Publikum ebenso wie die witzigen musikalischen Einlagen der Multiinstrumentalistin Shirley Anne Hofmann. Der Anlass fand auch in den Medien grosse Aufmerksamkeit und positive Kritiken.





Die Stadtpolizei kontrolliert regelmässig drogendealende Asylsuchende und bringt sie zur Anzeige. Oft aber sind ihr die Hände gebunden. Zuständig ist der Bundesgesetzgeber. Feuerwehr und Zivilschutz wurden im vergangenen Jahr vor allem durch die starken Regenfälle gefordert

### **Missbrauch des Asylrechts durch Drogendealer**

Zahlreiche aus Westafrika stammende Asylsuchende beim Hauptbahnhof, in der Innenstadt und den Parks sind als Drogendealer aufgefallen. Mehrere Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch deren Anwesenheit verunsichert und zum Teil auch bedroht. Die Stadtpolizei hat deshalb immer wieder Personenkontrollen durchgeführt, mehrmals auch im Rahmen koordinierter Aktionen, mit der Kantonspolizei St.Gallen, der Staatsanwaltschaft und dem Ausländeramt. Das straff organisierte Vertriebssystem ist auf den Handel mit Kleinstmengen ausgerichtet. Die Dealer nehmen Bestellungen über Mobiltelefone entgegen und vereinbaren mit den Käufern Treffen an immer wieder wechselnden Orten. Das taktische Verhalten der Drogenhändler durch Arbeitsteilung, dauernde Standortwechsel, Austausch der Mobiltelefone, Gegenobservation, Schlucken der Ware bei Anzeichen einer Kontrolle durch die Polizei etc. macht die für die Strafverfolgung notwendige Beweisführung sehr aufwändig.

### **Ausgrenzung beantragen**

Asylsuchende mit einem gültigen Ausweis dürfen sich in der Schweiz frei bewegen. Gestützt auf Art. 13e des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer kann die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden, die dem Drogenhandel zuzuordnen sind, eingeschränkt werden. Die Stadtpolizei bringt sämtliche festgestellten Übertretungen konsequent zur Anzeige. Liegen begründete Verdachtsmomente vor, die für eine Anzeige nicht ausreichen, wird beim kantonalen Ausländeramt eine Ausgrenzung beantragt. Im Jahr 2002 waren dies 213 Fälle. 123 der Betroffenen missachteten die Massnahme und wurden daraufhin verzeigt. Die grossen Anstrengungen werden von der Bevölkerung zwar positiv aufgenommen, sie können jedoch nicht verhindern, dass ausgegrenzte Asylsu-

chende rasch durch andere ersetzt werden. Trotz vermehrt durchgeführter Kontrollen und der erhöhten Polizeipräsenz kann der Eindruck entstehen, der Missbrauch des Asylrechts bliebe scheinbar ohne Folgen.

### **Ausserordentliche Einsätze durch die Feuerwehr und den Zivilschutz**

Das Jahr 2002 war ein Jahr mit aussergewöhnlich vielen Einsätzen. Am 27. April konnte in der Schwertgasse ein Altstadtbrand dank des raschen Eingreifens der Berufsfeuerwehr und des Einsatzes der Milizfeuerwehr verhindert werden. Am 13. Juni erforderte ein Brand in Untereggen den Einsatz aller Kräfte. Dabei hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Untereggen und St.Gallen bewährt.

Der Sommer brachte eine aussergewöhnliche Serie von starken Regenfällen. Insgesamt 21 mal musste die Milizfeuerwehr und zum Teil zusätzliche Kräfte aus dem Zivilschutz aufgeboten werden. Höhepunkt dürfte der 16./17. Juli mit der Evakuierung des Altersheims Riedererholz in die Zivilschutzanlage Schellenacker gewesen sein. 170 Schadenplätze waren in jener Nacht zu betreuen. In der Nacht auf den 1. September war vor allem das Einzugsgebiet der Goldach und der Steinach betroffen. In der Folge wurde der Zivilschutz St.Gallen für Aufräumarbeiten auch in Goldach und im Goldachtobel eingesetzt. In St.Georgen trat die Steinach in gewissen Abschnitten über die Ufer. An diversen Stellen kam es auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen zu kleineren, lokalen Hangrutschungen. Dank des guten Zusammenspiels von Feuerwehr und Zivilschutz konnten die Ereignisse in nützlicher Frist gemeistert werden.

Glücklicherweise wurden durch die Unwetter keine Personen verletzt. Hingegen entstand ein sehr grosser Sachschaden. Die Einsätze verursachten bei Feuerwehr und Zivilschutz der Stadt zusätzliche Kosten von über CHF 100 000.

Die Unwettereinsätze haben die Einsatzbereitschaft von Feuerwehr und Zivilschutz auf die Probe gestellt. Es kann festgestellt werden, dass mit dem heutigen

modulartig aufgebauten System aus Feuerwehr und Zivilschutz die Stadt auf die Bewältigung grösserer Ereignisse vorbereitet ist.

#### Verkehrsunfälle in der Stadt

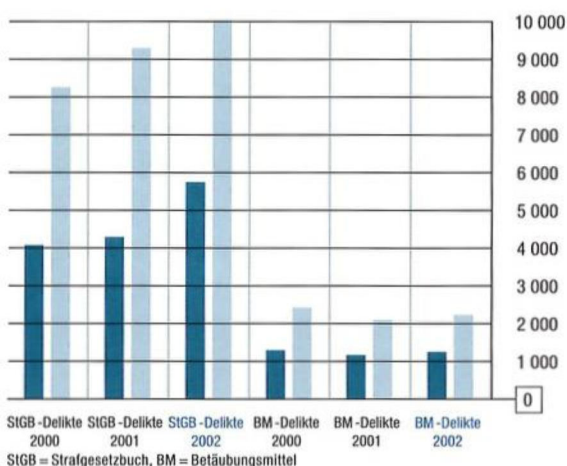
Unfallarten	2001	2002
Mit Personenschaden	182	185
Nur mit Sachschaden	766	684
Nichtgenügen der Meldepflicht	229	221

#### Unfälle mit Personenschäden

	2001	2002
Leicht verletzte Personen	190	204
Schwer verletzte Personen	32	27
Tödlich verletzte Personen	1	3

#### Delinquenzvergleich Stadt Kanton

	Stadt St. Gallen	Kanton SG
StGB – Delikte 2000	4 025	8 285
BM – Delikte 2000	1 289	2 457
StGB – Delikte 2001	4 333	9 328
BM – Delikte 2001	1 181	2 120
StGB – Delikte 2002	5 628	10 008
BM – Delikte 2002	1 252	2 245





Die Kosten der Sozialhilfe sind stabil geblieben. Gestiegen ist hingegen der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen gestiegen. Sorgen bereiten auch die steigenden Gesundheitskosten in den Gemeinden.

### Sozialpolitische Tendenzen

Die Kosten im Sozialbereich geben immer wieder zu Diskussionen Anlass. Nebst der eigentlichen Sozialhilfe, deren Kosten in der Stadt St.Gallen im Berichtsjahr erneut auf hohem Niveau stabil blieben, tragen auch andere Bereiche zur Kostendiskussion bei.

Der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Renten betrug im Berichtsjahr rund CHF 14.1 Mio. (im Vorjahr CHF 12.9 Mio.). Dieser Anteil steigt jährlich und ist von den Gemeinden nicht direkt zu beeinflussen. Gründe für die Zunahme sind sowohl die steigende Lebenserwartung als auch die Demografie. In der Stadt St.Gallen wurden im Jahr 2002 rund CHF 171 Mio. an AHV- und IV-Renten ausbezahlt. Dazu kamen noch rund CHF 66 Mio. an Ergänzungsleistungen. Dies macht für die Stadt St.Gallen einen jährlichen Pro-Kopf-Beitrag von rund CHF 3400 aus.

Ein weiteres Thema im Bereich der Sozialpolitik, das die Gemeinden stark betrifft, ist die Frage der Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens. Die Schweiz hat ein sehr hochstehendes, aber auch teures Gesundheitssystem. Es zeigt sich, dass der finanzielle Mehrbedarf in diesem Bereich gross ist. Die Diskussionen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene haben vor allem im Spitex-Bereich auch Auswirkungen auf die Gemeinden. Durch Spitex-Leistungen sind betagte Menschen länger im Stande, ohne stationäre Behandlung auszukommen. Spitex-Leistungen führen also zu einer Entlastung der Spitäler, für die der Kanton zuständig ist. Für die Spitex hingegen sind gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz die Gemeinden verantwortlich. Diese Tendenz führt zu einem Anstieg der Gesundheitskosten in den Gemeinden.

### Arbeitsvermittlung in der betreuenden Sozialhilfe

Im Sozialhilfeangebot der Stadt St.Gallen nehmen die Förderung der Eigenständigkeit und die Selbstverantwortung der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger einen wichtigen Stellenwert ein. Die berufliche und soziale Integration sind deshalb zentrale Anliegen. Zum besseren Erreichen dieser Ziele sind die Aufgaben der Sozialhilfe bzw. der Sozialberatung im Sozialamt je in einer Abteilung «Neuaufnahmen» und «längerandauernde Unterstützungen» konzentriert worden.

In der Sozialhilfe im Bereich «längerandauernde Unterstützungen» werden, der individuellen Situation entsprechend, die berufliche Integration und, wo nicht möglich, die soziale Integration gefördert.

Es ist in der jetzigen wirtschaftlichen Situation sehr schwierig für Menschen, die meist über längere Zeit arbeitslos waren, einen Arbeitsplatz zu finden. Nur in Einzelfällen ist, durch eine aktive Mithilfe bei der Stellensuche oder durch intensive Gespräche mit Arbeitgebern, eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt möglich. Weil der berufliche Integrationsprozess äusserst schwierig ist, bietet die 1998 von der Stadt gegründete »Stiftung für Arbeit« Arbeits- und Beschäftigungseinsätze an. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt und der Stiftung können arbeitslosen Menschen solche Arbeits- und Beschäftigungseinsätze vermittelt werden. Diese Menschen werden damit in einem wichtigen Schritt in Richtung Erwerb, Bewältigung von Tagesabläufen und Integration begleitet. Die Unterstützung der beruflichen und sozialen Integration erfolgt immer unter grösstmöglicher Erschliessung der individuellen Ressourcen der Sozialhilfeklientinnen und -klienten.

Arbeit statt Sozialhilfe steht auch für eine Grundhaltung, die von den potentiellen Fähigkeiten und nicht von den Defiziten der Menschen ausgeht. Mit Ange-



boten von niederschweligen Arbeiten werden Menschen in einen Arbeitsprozess eingebunden und erhalten die Chance, zu ihren Stärken und Möglichkeiten sowie einen Weg zur Selbstverantwortung zu finden. Der Integrationsprozess verlangt von allen Beteiligten viel Ausdauer und Willensstärke.

### Umsetzung Integrationskonzept

Mit einem Stellenumfang von 50 % nahm am 1. Februar 2002 der Integrationsbeauftragte seine Tätigkeit auf. Sein Auftrag: das städtische Integrationskonzept umsetzen mit dem Ziel, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten zu verbessern. Die zentrale Aufgabe der Integrationsstelle besteht darin, bestehende Strukturen zu stärken und sie «integrationsfit» zu machen. Dies geschah in der Startphase mit dem Aufbau von Netzwerken sowie der Aufnahme und Vermittlung von Kontakten zu Organisationen und Institutionen, die in der Integration tätig sind.

Das Integrationskonzept legt bei den Massnahmen einen Schwerpunkt auf die Mediation. Zusammen

mit dem «Zentrum für Mediation St.Gallen» und dem «Forum für Friedenserziehung» wurden Kurse für Mitarbeitende aus Betrieben, aus Verwaltung und Schule und für Quartierbewohnende durchgeführt. Die Auswertung zeigt, dass die Teilnehmenden die Kurse positiv erlebten.

Einen weiteren Massnahme-Schwerpunkt bilden Projekte zur Förderung der Sprachkompetenz. Dazu wurde eine Broschüre gestaltet. Für die verschiedenen Sprachkurse ist die Integrationsstelle koordinierend tätig.

Im Bereich Information als drittem Schwerpunkt erfolgte die Herausgabe der Broschüre «city-info», eines Fachstellenverzeichnisses mit mehrsprachiger Wegleitung für Neuzugezogene und für Fremdsprachige. Bei Veranstaltungen, die sich an die ausländische Bevölkerung richteten bzw. das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten zum Inhalt hatten, ging es immer wieder um die zentrale Frage, mit welchen personellen, instrumentellen und strukturellen Massnahmen die Zusammenarbeit mit den fast 30 % Ausländerinnen und Ausländern nachhaltig verbessert werden kann.

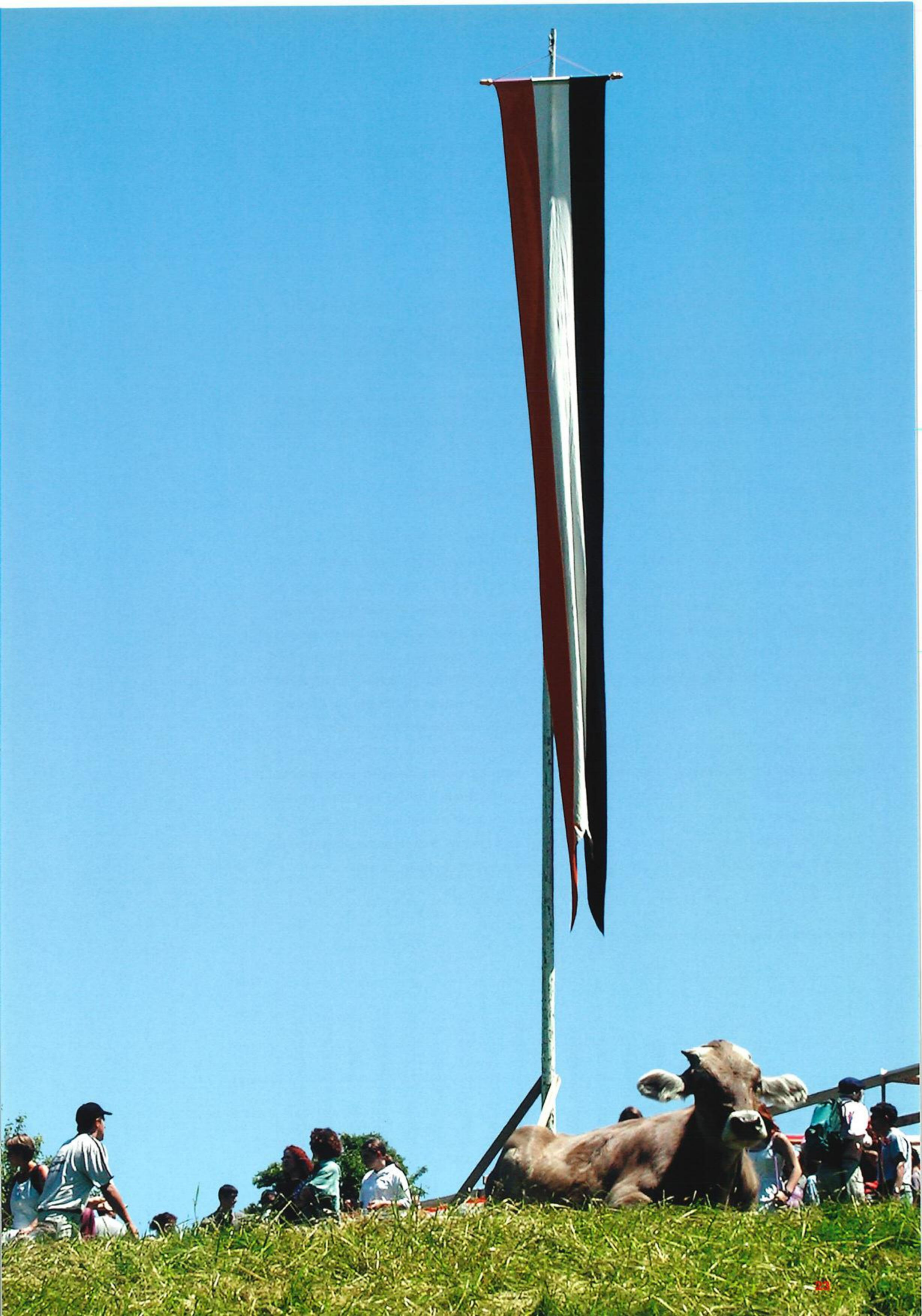
▼ Sozialhilfe-Unterstützungen					
	1998	1999	2000	2001	2002
Unterstützungsfälle	2 168	2 412	2 498	2 407	2412
Unterstützte Personen	3 588	4 035	4 259	4 021	3891

▼ AHV-/IV-/EL-Fälle					
	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl AHV-/IV-Rentenfälle	8 182	8 577	9 310	9 416	10 434
Ausbezahlte Renten (in CHF 1 000)	150 053	155 400	158 262	166 625	141 487
Anzahl EL-Fälle	2 718	2 899	2 955	3 173	3 326
Ausbezahlte EL (in CHF 1 000)	49 000	49 600	53 68	63 203	65 541

▼ Vormundschaftliche Massnahmen					
Massnahmenführung					
	1998	1999	2000	2001	2002
Hauptamtlich	690	702	752	807	858
Ehrenamtlich	565	541	537	496	490

▼ Subventionssummen (in CHF 1 000)					
	1998	1999	2000	2001	2002
Spitex	474	629	770	884	943
Kinderkrippen (2002 wurden 180 Plätze subventioniert)	1 311	1 311	1 293	1 305	1 217
Stiftung Suchthilfe	811	1 065	1 062	1 062	1 029
Stiftung für Arbeit	580	634	600	600	600
Betagenheime	1 929	–	27	587	–







Die Altstadttrunde hat dem Stadtrat im September 2002 Lösungen für die Verkehrssituation in der südlichen Altstadt unterbreitet. Die Massnahmen werden nun schrittweise umgesetzt. Die stark ausgelastete Stadtautobahn fordert verschiedene, bauliche Ergänzungen.

### Stadtautobahn an der Kapazitätsgrenze

Die Stadtautobahn stösst gut 15 Jahre nach ihrer Eröffnung an erste Kapazitätsgrenzen. Der Individualverkehr ist in dieser Zeit massiv angewachsen. In den Verkehrsspitzen wird die Aufnahmefähigkeit der Stadtautobahn und zunehmend auch der Anschlüsse und Verbindungen zu den Stadtquartieren und den Regionsgemeinden stark beansprucht. Zudem werden in absehbarer Zeit erste grössere Unterhaltsmassnahmen an den Strassenbauten wie den Tunnels und anderen Kunstbauten notwendig. Dies wiederum bewirkt zusätzliche Verkehrsprobleme. Der Kanton hat deshalb zusammen mit der Stadt und dem Bund die Planungen für die in einigen Jahren fälligen Massnahmen eingeleitet. Gedacht wird an organisatorische Optimierungen sowie an bauliche Ergänzungen.

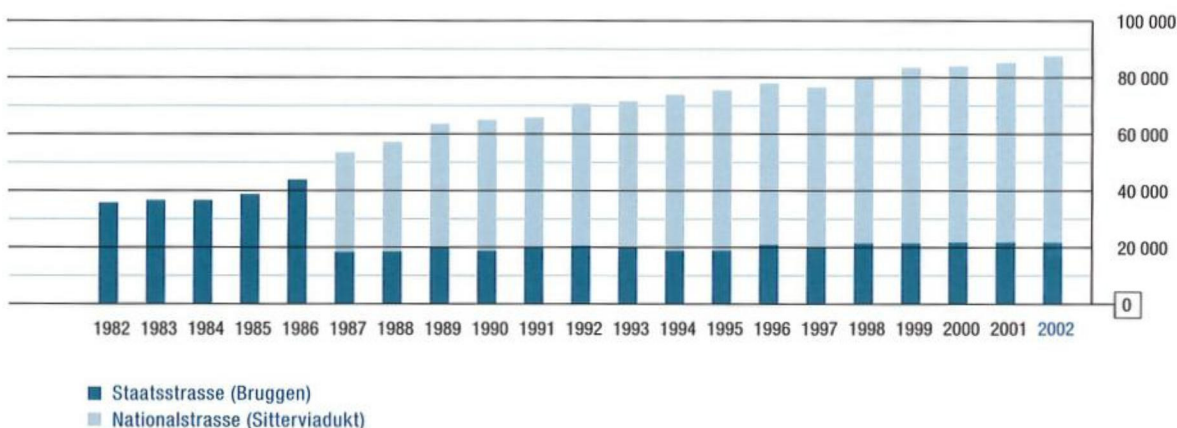
Erste konkrete Massnahmen sind in der Innenstadt der Ausbau der Geltenwilenstrasse und damit die Verbesserung beim Anschluss Kreuzbleiche. Im stark verkehrsbelasteten Westen der Stadt wird der bestehende Autobahnanschluss ausgebaut und mit zusätzlichen Ein- und Ausfahrtsmöglichkeiten ergänzt.

Diese Kapazitätserhöhung des Anschlusses Winkeln erfolgt aufgrund der dort massiv gewachsenen Verkehrszahlen, die wiederum eine Folge der fortschreitenden Überbauung und Nutzung dieses Gebietes unter anderem mit Dienstleistungsbetrieben darstellten. Prominentestes Beispiel ist das Projekt für das Stadion St.Gallen West.

### Stadion St.Gallen West

Dieses Grossprojekt erfordert umfangreiche Verkehrsmassnahmen sowohl beim Individualverkehr wie auch beim öffentlichen Verkehr. Ein kantonales Ausbauprojekt für die Zürcher Strasse beim Stadion und Einkaufszentrum soll die Erschliessung des neuen Zentrums ermöglichen und gleichzeitig auch die Erreichbarkeit der umliegenden Gebiete sicherstellen. Umfangreiche Ausbauvorhaben sind für das Stadion und Einkaufszentrum auch beim öffentlichen Verkehr nötig. Ein mit den umliegenden Gemeinden erarbeitetes Konzept sieht neue Linien zwischen St.Gallen und Gossau und zu den Gemeinden Herisau und Gaiserwald vor. Die zusätzlichen Buslinien mit teilweise dichtem Takt haben auch finanziell zusätzliche Aufwendungen für den Kanton und die Gemeinden zur Folge.

Verkehrsentwicklung über den Sittergraben Fz/Tag





## Altstadt

Verkehrsthemen beschäftigen die Bevölkerung nicht nur in den Aussenquartieren, sondern auch im Stadtzentrum. Erfolgreich war die Altstadtrunde, bei der erstmals am runden Tisch Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligter Kreise Lösungen für die Verkehrssituation in der südlichen Altstadt ausarbeiteten. Im September 2002 wurden die Vorschläge dem Stadtrat übergeben. Im Wesentlichen geht es um Massnahmen gegen den Durchgangsverkehr im Klosterviertel, um die Aufhebung und den Ersatz von Parkplätzen und um zahlreiche Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität. Die einzelnen Massnahmen sollen nun schrittweise und speditiv umgesetzt werden.

## Konzeptstudie Siedlungs- und Verkehrsentwicklung St.Gallen-West

Im Gebiet St.Gallen-West bestehen massive Verkehrsprobleme. Zudem zeichnet sich eine rasante bauliche und nutzungsmässige Entwicklung ab. Die vom Kanton St.Gallen in Auftrag gegebene Konzeptstudie «Verkehrsstudie St.Gallen-West» befasst sich mit den Wechselwirkungen von Siedlung, Verkehr

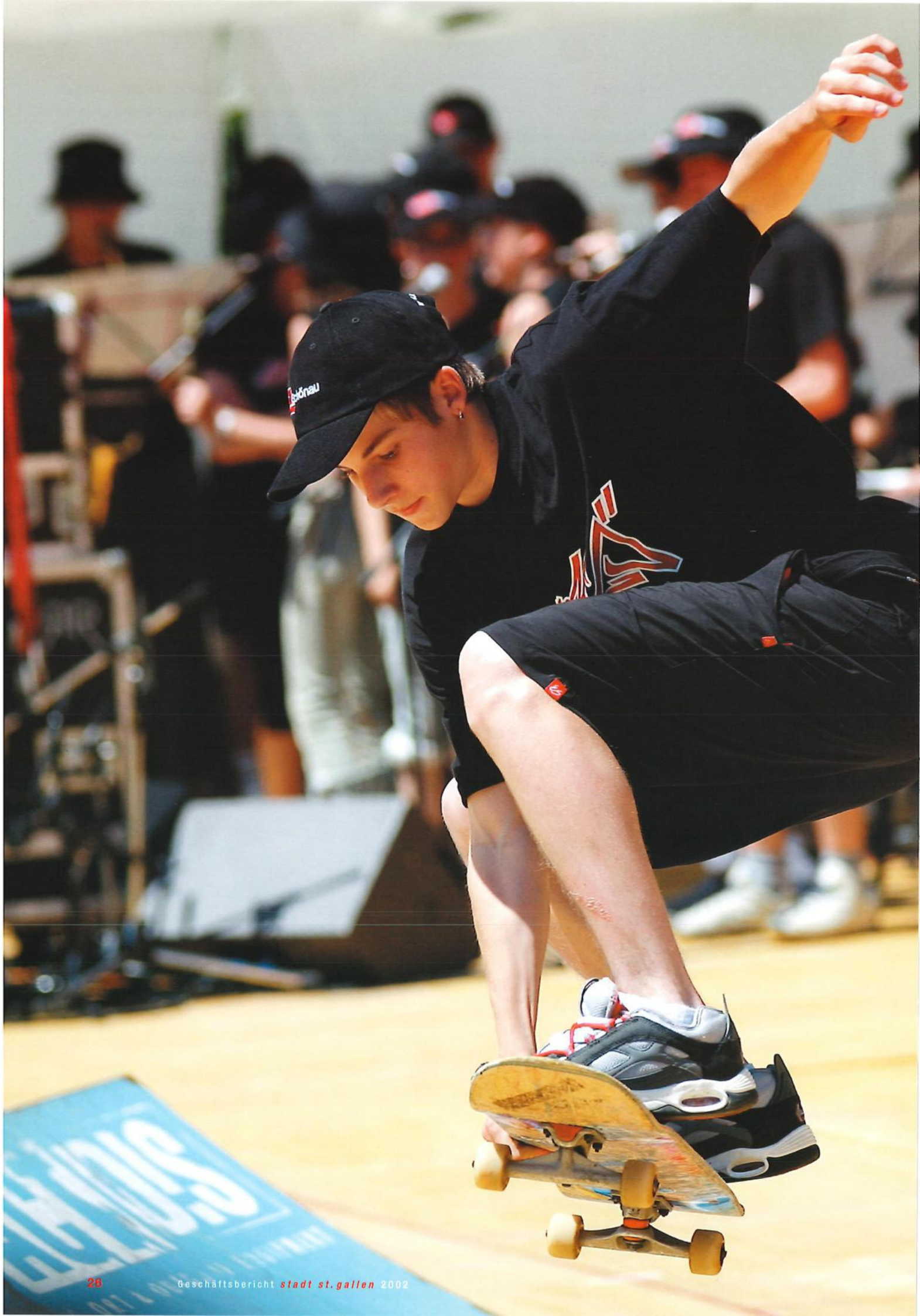
und Umwelt in diesem Gebiet. Die Studie stellt die Zusammenhänge dar und leitet daraus generelle Handlungsoptionen ab. Die möglichen Handlungsalternativen betreffen die künftige Verkehrspolitik, die Entscheide bezüglich Verkehrsinfrastrukturen sowie die Konsequenzen für die quantitativen und qualitativen Nutzungsentwicklungen. Die Studie zeigt die nötigen politischen Entscheidungsvarianten auf.

## Altstadtrunde

Die Parkplatzfragen und das Verkehrsregime in der Altstadt sind seit Jahren und Jahrzehnten Dauerthema in der städtischen Politik. Nachdem der Stadtrat seine Vorstellungen über die weitere Verkehrsberuhigung in der Altstadt präsentiert hat, soll nun mit der «Altstadtrunde» ein neuer Weg begangen werden. Mit einem sorgfältig erarbeiteten und von allen Teilnehmenden akzeptierten Vorgehensmodell und unter der Leitung von zwei Mediatoren wird in einem konsensbildenden Prozess versucht, für den südlichen Altstadtteil eine allseits akzeptierte Gesamtlösung aufzuzeigen, die nur aus Kompromissen aller Beteiligten in Teilbereichen bestehen kann. Die Ergebnisse dieser «Altstadtrunde» sollten 2002 vorliegen.









Nach dem Nein zum eidgenössischen Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. September hat der Stadtrat die Gemeinderatsvorlage für die Ausgliederung der Sankt Galler Stadwerke (sgsw) aus der Stadtverwaltung zurückgezogen. Die sgsw bleiben damit eine Unternehmung der Stadtverwaltung.

### Das Nein zum EMG

Das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) wurde an der eidgenössischen Volksabstimmung vom 22. September 2002 mit 52,6% der abgegebenen Stimmen abgelehnt. 14 Kantone, darunter auch der Kanton St.Gallen, verworfen die Vorlage. Die städtischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten das EMG ebenfalls mit 10 839 zu 9 814 Stimmen ab. Das Abstimmungsergebnis wurde in den Analysen der Befürworter und Gegner des Gesetzes auch als Entscheid gegen weitergehende Privatisierungen öffentlicher Versorgungsmonopole interpretiert. Aufgrund dieser Ausgangslage hätte die Ausgliederungsvorlage wenig Chancen auf Erfolg gehabt. Im Gegenteil, ein Festhalten an der Absicht, die sgsw auszugliedern, wäre als Zwängerei und als Missachtung des Volkswillens interpretiert worden.

Eine rasche weitergehende Marktorientierung im Produkt- und Preisbereich ist nach dem Nein zum EMG nicht gefordert. Die in die Wege geleiteten Veränderungen sind zu konsolidieren und die weitere Entwicklung in der Branche abzuwarten und zu analysieren. Auch der Druck auf Zusammenschlüsse bei den Energieverteilwerken ist vorerst geschwunden: mehr als Teilk Kooperationen bis eventuell Gesamtbetriebsführungsaufträge sind nicht zu erwarten. Die in der Ausgliederungsvorlage eingesetzten finanziellen Daten basieren ausserdem auf den Vorgaben des EMG, das nun nicht in Kraft getreten ist; neue Vorgaben sind noch unsicher, und die energiewirtschaftliche Entwicklung ist offen. Diese Gründe bewogen den Stadtrat dazu, die Ausgliederungsvorlage zurückzuziehen.

### Entwicklungsoptionen

Die sgsw werden auch als städtische Unternehmung den vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg weiter einhalten und schrittweise in allen ihren Tätigkeiten eine am Kundennutzen orientierte, unternehmerische

Haltung umsetzen. Ihre Unternehmensstrategie mit starker lokaler und regionaler Verankerung und Zusammenarbeit bleibt im Kern weiterhin gültig. Dies erfordert Effizienz und Transparenz in der Leistungserbringung und eine höhere Flexibilität, die nun im Rahmen der bestehenden rechtlichen Verfassung weiter umzusetzen sind. Die zu diesem Zweck gestarteten Projekte in den Bereichen Rechnungswesen, Prozessanalyse, strategische Führung oder integrierte Sicherheit werden weiter geführt und zu Ende gebracht. Ebenfalls untersucht wird, inwieweit in der gegenwärtigen Ausgangslage eine Ausweitung des bewährten Instruments Rahmenkredit (analog den Rahmenkrediten für den Netz- und Rohrleitungsunterhalt) zweckmässig ist.

Die Stromlieferungen an Kunden mit grösserem Jahresbezug sollen die sgsw weiterhin individuell auf vertraglicher Basis regeln können. Nach Meinung der Fachleute aus der Branche ist die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Marköffnung bis ins Jahr 2010 durchaus realistisch. Es wäre somit problematisch, die Kundenbindung durch Verträge einseitig aufzukündigen. Die Chance, diese Kunden dann wieder gewinnen zu können, wäre äusserst fraglich.



#### Kennzahlen 2002

	2000	2001	2002
Wasserverbrauch			
pro Kopf und Jahr (l)	90 000	88 100	87 500
Stromverbrauch			
pro Kopf und Jahr (kWh)	6 039	6 270	6 254
Bevölkerung:			70 628
Wasserverbrauch			
(verrechnete Verkaufsmenge):			6 183 524 m³*
Stromverbrauch			
(verrechnete Verkaufsmenge):			441 679 502 kWh*

\* Werte für das hydrologische Jahr 2001/2002



Über 75% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten im November die Wiedereinführung von zwei wöchentlichen Kehrrihtabfuhr ab. Das Deponieprojekt Tüfentobel wurde öffentlich aufgelegt; insgesamt sind 28 Einsprachen eingegangen. Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) Au erfüllt die verschärften Bedingungen für das Einleiten von gereinigtem Abwasser in die Sitter.

### Einmalabfuhr bleibt

Mitte 2000 wurde ein neues Konzept für das Einsammeln von Kehrriht, Altpapier und Karton eingeführt. Seither wird der Kehrriht mit Ausnahme der Innenstadt noch einmal pro Woche abgeführt. Dieses neue Konzept, das auf den effektiven Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet ist, hat sich nach anfänglichen Umstellungsschwierigkeiten eingespielt, obwohl es für einige Haushalte zu weniger Komfort geführt hat. Punktuelle Probleme in einzelnen Quartieren dürften ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass Ende Oktober 2001 die Volksinitiative «Üs schtinkts!» zustande gekommen ist. Die Initiative verlangte die Wiedereinführung von zwei wöchentlichen Kehrrihtabfuhr auf dem ganzen Stadtgebiet. Sie wurde am 24. November jedoch deutlich mit 16 568 Nein- zu 5 294 Ja-Stimmen abgelehnt. Dank diesem klaren Entscheid der Bürgerschaft können die Gebühren auf Mitte 2003 um 10 Rappen pro Kehrrihtsack gesenkt werden. Um Problemen mit der Zwischenlagerung oder der unkorrekten Bereitstellung der Kehrrihtsäcke entgegen zu wirken, ist die Platzierung von Unterflurcontainern geplant. Erste Erfahrungen mit diesem System an Pilotstandorten sind durchwegs positiv.

### Endgestaltung Deponie Tüfentobel

Die Deponie Tüfentobel ist als Endlager für Kehrrihtschlacke und weitere Reaktor- und Inertstoffe (z.B. sauberer Aushub) für St.Gallen und eine weitere Region von Bedeutung. Ende November wurde das Projekt für einen umweltgerechten Weiterbetrieb und den späteren Abschluss der Deponie öffentlich aufgelegt. Das Projekt bringt zusätzliches wertvolles Ablagerungsvolumen für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Es stellt ausserdem sicher, dass der künftige Betrieb bis zum Abschluss den hohen Ansprüchen des Umweltschutzes gerecht werden kann. Darunter fallen die vom Gewässerschutz verlangte Offenlegung des Tüfenbachs, die

fachgerechte Behandlung des belasteten Sickerwassers in der ARA Au und die überwachte Entgasung der Anlage. Das Projekt sieht ausserdem eine Landschaftsgestaltung vor, die verschiedene Aspekte wie Naherholung, Waldbewirtschaftung und Ökologie berücksichtigt. Um die Anwohnerschaft vor Lärm und Staub zu schützen, ist z.B. der Bau einer Materialbahn geplant. Sie reduziert die Zahl und die Länge der Lastwagenfahrten, wenn das Deponiegelände erweitert wird. Die Kosten für das gesamte Projekt werden auf 38 Mio. Franken veranschlagt. Gebührenerhöhungen sind trotzdem keine zu erwarten, weil in den vergangenen Jahren vorsorglich Reserven gebildet worden sind. Gegen das Projekt sind allerdings 28 Einsprachen eingegangen, die behandelt werden müssen, bevor das Projekt der St.Galler Bürgerschaft unterbreitet werden kann.

### Besserer Sitterschutz

Ende Jahr konnten die vierte Reinigungsstrasse der ARA Au und die Pumpstation Hätterenwald in Betrieb genommen werden. Die ARA Hätterenwald wurde aufgehoben; das dort zufließende Abwasser wird über eine gut drei Kilometer lange Druckleitung die Sitter aufwärts zur ARA Au gepumpt und dort gereinigt. Dank diesen Investitionen können die verschärften Einleitbedingungen für Abwasser eingehalten und teilweise sogar deutlich unterschritten werden. Die Sanierung der bestehenden drei Klärbecken der ARA Au und die Gestaltung der betrieblichen Areale erfolgen in weiteren Bauetappen bis Mitte 2004.



Hauskehrrihtmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2000	2001	2002
	247	244	238



Wertstoffmenge pro Kopf und Jahr (kg)	2000	2001	2002
Altglas	28	28	29
Papier / Karton	90	87	86
Weissblech/Alu	1.5	1.6	1.8

Die Sozialen Dienste haben am Bahnhofplatz 1 zusätzliche Räume erhalten. Damit konnte die akute Raumnot behoben werden. Ein wichtiger Meilenstein ist auch die Vorbereitung der Verwaltungsorganisation 2005. Drei Stossrichtungen zeichnen sich ab.

### Konzentration der Verwaltungsstandorte

Nach einer mehrjährigen Übergangsphase konnte die Raumsituation der Verwaltung der Sozialen Dienste deutlich verbessert werden. Während Sozialamt und Vormundschaftsamt bisher auf verschiedene Gebäude verteilt und zum Teil in sehr engen Räumen untergebracht waren, konnte mit der Miete des Gebäudes Bahnhofplatz 1 eine deutliche Verbesserung erreicht werden. Dort wird neu das Vormundschaftsamt untergebracht sein, während das Sozialamt in der Brühlgasse zusammengezogen werden kann. Damit wurden ein wichtiges Legislaturziel erreicht und die Raumsituation der Stadtverwaltung konsolidiert: Mit dem Neubau des Werkhofes, dem Umzug der Schulverwaltung in das Amtshaus und dem Bezug der Vadianstrasse 6 durch das Entsorgungsamt ist der Raumbedarf grundsätzlich gedeckt. Pendent bleibt die Sanierung des Rathauses.

### Neue Strukturen für die Verwaltung

Im Hinblick auf eine Gesamtrevision der Gemeindeordnung wurden verschiedene Prozesse und Strukturen innerhalb der Verwaltung überprüft. Auf der Basis eines externen Gutachtens sind wichtige Vorentscheide gefällt worden. Drei Stossrichtungen zeichnen sich ab: Zunächst soll die Anzahl der Verwaltungsabteilungen jener der Exekutivmitglieder angepasst, d.h. es soll eine Reduktion auf fünf Direktionen stattfinden. Zum zweiten sollen durch die gesellschaftliche Entwicklung immer wichtiger werdende und inhaltlich verbundene Aufgabenbereiche zusammengefasst werden. Drittens sollen die in einer komplexen Umwelt immer wichtiger werdenden Koordinationsfunktionen verstärkt werden. Diese Vorschläge des Stadtrates werden 2003 einer breiten Vernehmlassung unterzogen.

### Befragung aller Mitarbeitenden

Strukturen sind das Eine, motiviertes und engagiertes Personal ist das Andere, um die von der Bürgerschaft erwarteten Leistungen zu erbringen. Eine von der Kommission für Gleichstellungsfragen anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens initiierte Befragung aller Mitarbeitenden befasste sich mit den zahlreichen Aspekten der Arbeitszufriedenheit sowie der Chancengleichheit in der Stadtverwaltung. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Arbeitszufriedenheit hoch ist. Die grösste Einschränkung wird bezüglich des Zeitdruckes der Arbeit gemacht, d.h. fast die Hälfte aller Mitarbeitenden spüren oder leiden sogar unter dem zeitlichen Druck, der mit ihrer Arbeit verbunden ist.

Fast 95 % aller Mitarbeitenden schätzen ihre Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen als gut bis sehr gut ein. Rund 88 % beurteilen auch ihre Beziehungen zu ihren Vorgesetzten als gut oder sehr gut. Die Arbeit wird von den meisten als interessant und den eigenen Fähigkeiten entsprechend empfunden. Es wird auch geschätzt, dass bei der eigenen Arbeit Verantwortung übernommen werden kann, obgleich teilweise der Wunsch besteht, dies noch stärker tun zu können. Auch die Arbeitszeit- und Ferienregelungen werden als attraktiv beurteilt.

In der Regel gibt es in diesen Beurteilungen kaum wesentliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Dort, wo Unterschiede bestehen – etwa bezüglich des Zeitdrucks oder beim Wunsch, vermehrt Verantwortung zu übernehmen – hängt dies vermutlich mit den unterschiedlichen Arbeitssituationen von Frauen und Männern zusammen. Frauen arbeiten mehr Teilzeit und sind weniger oft in leitenden Funktionen tätig.

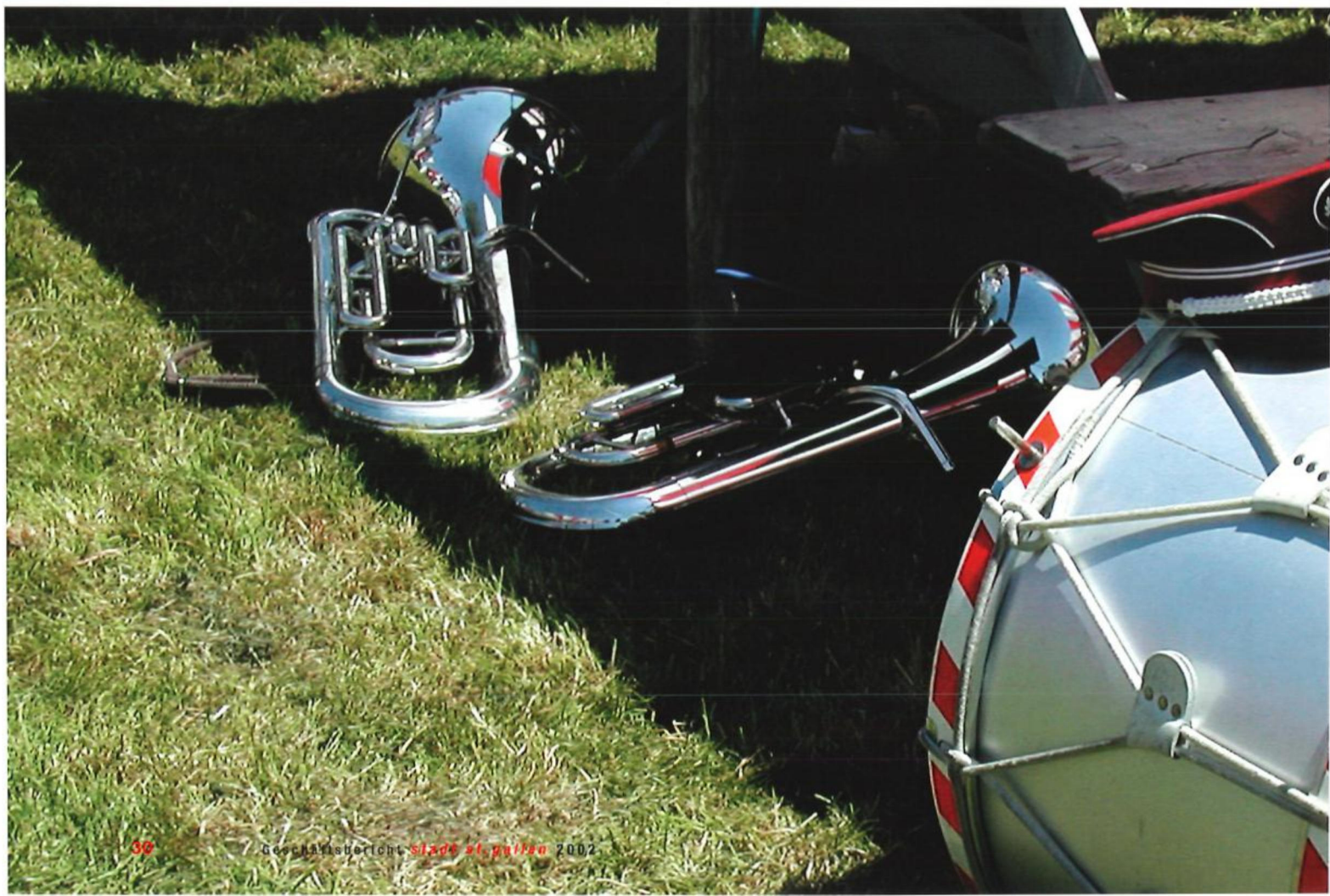
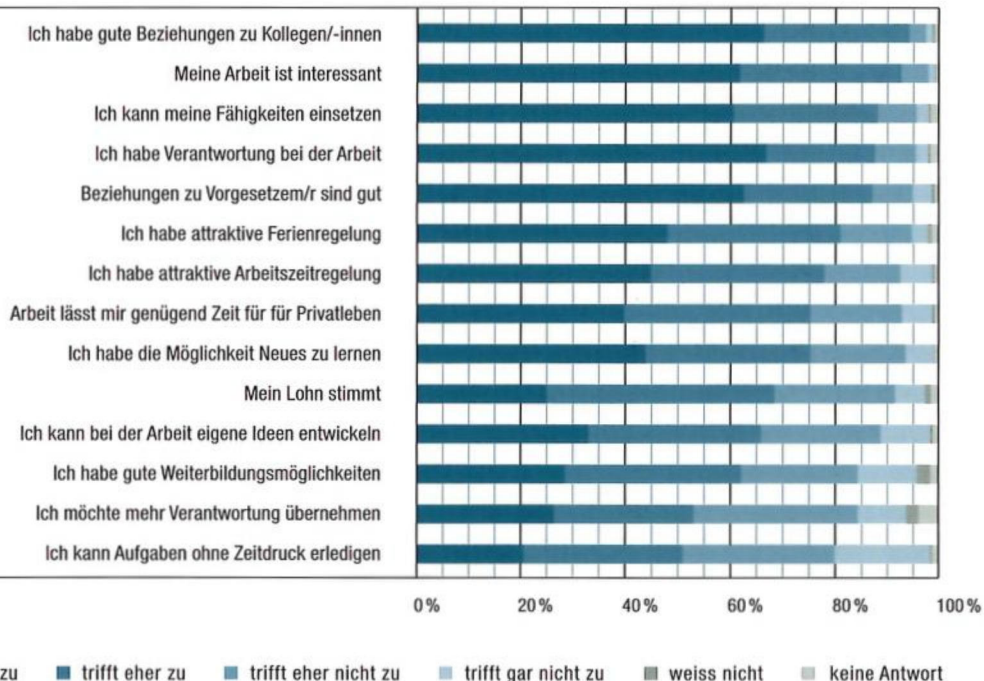


Auch wenn in der Stadtverwaltung die Gleichstellungspostulate weitgehend als erfüllt betrachtet werden können, ist auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von

Beruf und Familie noch einiges zu tun. Die Schaffung einer Kinderkrippe und die Förderung von Teilzeitstellen sind die entsprechenden Stichworte.



#### Beurteilung der Arbeitssituation (Total der Antwortenden, N=809)





Mit einem erneuten Abbau der Verschuldung und der Aussicht auf ein revidiertes Finanzausgleichssystem steht das Berichtsjahr unter finanzpolitisch erfreulichen Vorzeichen. Die Ausgangslage für eine gesunde Haushaltspolitik ist gegeben.

### Rechnungsergebnis 2002

Die Stabilität der städtischen Finanzen ist überraschend positiv: Wie im Vorjahr konnten in der laufenden Rechnung ein Überschuss (+5.1 Millionen) erzielt und die Verschuldung um CHF 10.1 Millionen abgebaut werden. Dies entspricht dem in den Legislaturzielen vorgezeichneten Weg, in wirtschaftlich guten Zeiten die Verschuldung abzubauen. Damit gewinnt die Stadt jenen finanzpolitischen Spielraum, denn sie benötigt, um in Krisenzeiten ihre Ausgabenpolitik weiterhin konstant halten zu können. Hoch verschuldete Gemeinwesen erliegen in Krisenzeiten allzu rasch der Versuchung, ihre Ausgaben noch weiter reduzieren zu müssen und verschärfen damit die Krise. Neben Einsparungen im Bereich des baulichen Unterhalts und anderer Sachaufwendungen waren es – wie im Vorjahr – die Steuern der juristischen Personen, welche die Erwartungen übertrafen. Insgesamt ist die Ausgangslage für eine gesunde Haushaltspolitik nach wie vor gut. Dies ist um so wichtiger, als in den kommenden Jahren grosse Investitionen und neue Bedürfnisse (familienergänzende Betreuung, Sicherheit, Investitionen in Sportanlagen usw.) anstehen.

### Hoffnungsträger Finanzausgleich

Die Neugestaltung des kantonalen Finanzausgleichs ist für die Zukunft des ganzen Kantons von grosser Bedeutung. Es ist daher erfreulich, dass die Regierung ein neues Konzept genehmigen konnte, das die Schwächen des geltenden Systems überwindet und auch für die Stadt eine akzeptable Lösung beinhaltet. Dieses Konzept enthält vier Elemente:

- Von zentraler Bedeutung ist der Ressourcenausgleich, der finanzschwachen Gemeinden zusätzliche Mittel zukommen lässt.

- Zwei Instrumente zur Abgeltung von Sonderlasten: Einerseits ist ein Ausgleich der Lasten vorgesehen, die sich aus topografisch/geografischen Gründen ergeben. Andererseits sollen der Stadt St.Gallen die zentralörtlichen Leistungen und soziodemografischen Lasten angemessen entschädigt werden. Damit würde ein langjähriges und zentrales Postulat städtischer Finanzpolitik erfüllt.
- Ein partieller Steuerfussausgleich, der die noch verbleibenden Steuerfussunterschiede auf ein auch staatspolitisch vertretbares Mass reduziert.
- Ein Härtefallausgleich bildet die letzte Stufe für all jene Gemeinden, die auch nach den vorerwähnten Instrumenten noch auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind.

Mit diesem System werden in erster Linie kaum oder gar nicht beeinflussbare Faktoren ausgeglichen. Im Unterschied zur heutigen Methode des Maximalsteuerfusses können damit der Bedarf und die notwendigen Mittel nicht mehr durch die einzelne Gemeinde beeinflusst werden. Damit steigen die Anreize zu einem sparsamen Umgang mit staatlichen Mitteln.

### Die Stadt St.Gallen profitiert

Die Stadt St.Gallen gehört – aufgrund der Abgeltung der Zentrumslasten – zu den im neuen System profitierenden Gemeinden. Allerdings ist die Entlastung relativ bescheiden und würde im besten Fall dazu führen, dass der Steuerfuss – andere zusätzliche Belastungen ausgenommen – etwa auf das kantonale Mittel (ca. 152 Steuerprozent) gesenkt werden könnte. Andererseits ist mit dem neuen System eine Verstärkung des Steuerwettbewerbes verbunden, indem es bei den Steuerfüssen auch nach untern

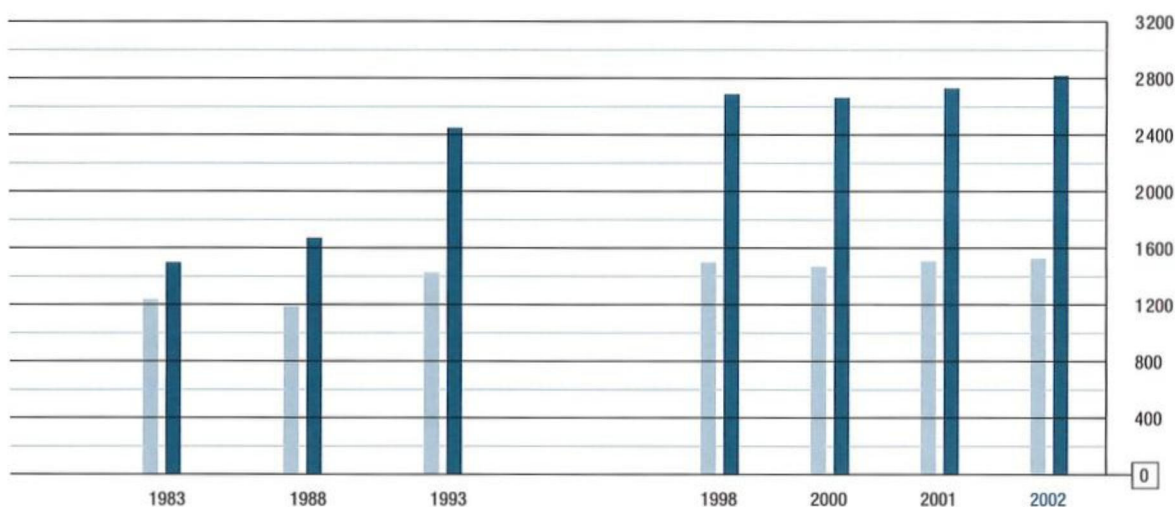


keine Begrenzung mehr geben wird. Solange die umliegenden Gemeinden keine direkten Zahlungen an die zentralörtlichen Leistungen zu erbringen haben, bleibt die Stadt gegenüber diesen Gemeinden weiterhin benachteiligt. Es ist daher von ebenso grosser Bedeutung, dass auch auf Bundesebene der Neue Finanzausgleich realisiert werden kann. Erst damit

werden die Voraussetzungen für derartige – auch kantonsübergreifende Zahlungen – geschaffen. Aber auch nach dieser Entlastung wird die Stadt – aufgrund ihrer hohen Finanzkraft – grosser Nettozahler im Finanzausgleichssystem sein und damit weiterhin solidarisch mit den finanzschwachen Gemeinden bleiben.

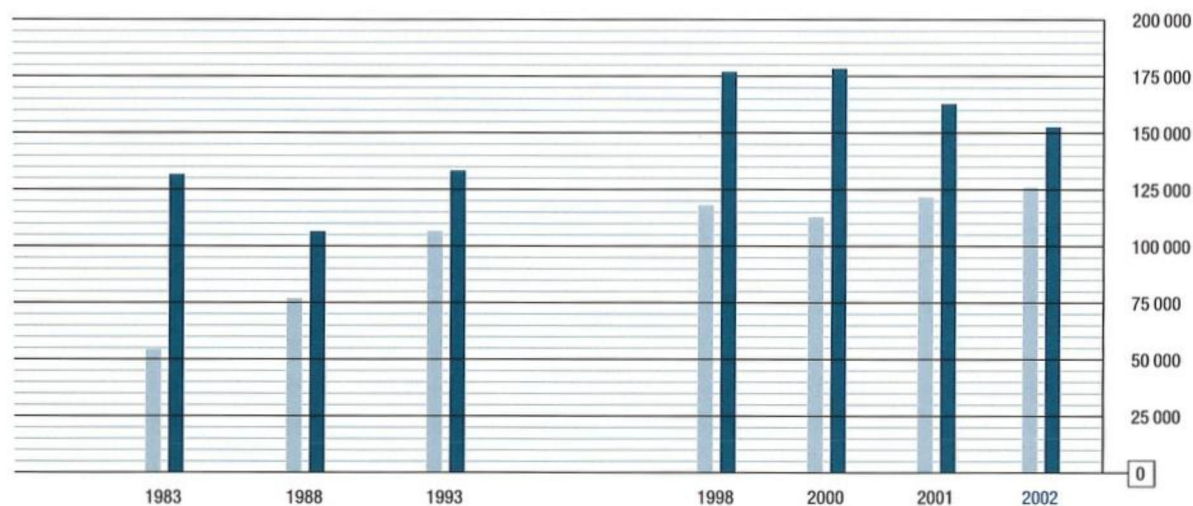
#### Steuerertrag pro Kopf (in CHF)

	1983	1988	1993	1998	2000	2001	2002
■ Steuerertrag pro Kopf (nominell)	1 526	1 661	2 436	2 705	2 685	2 787	2 828
■ Steuerertrag pro Kopf (real)	1 222	1 200	1 423	1 519	1 473	1 514	1 528
Steuerfuss	167	151	159	159	159	159	159



#### Verschuldung und einfacher Steuerertrag

	1983	1988	1993	1998	2000	2001	2002
■ Verschuldung (in CHF 1 000)	131 758	106 135	134 712	177 470	179 272	163 190	152 992
■ Einfacher Steuerertrag (in CHF 1 000)	65 001	77 617	111 612	119 338	118 516	123 060	125 914



Die Sauberkeit in St.Gallen wird unterschiedlich beurteilt: Die Strassen bekommen allgemein gute Noten. Die Wertstoffsammelstellen und die Gegend rund um Bahnhof und Hauptpost werden als unsauber empfunden. Für die Einhaltung von Umweltauflagen setzen die städtischen Gewerbebetriebe zunehmend auf Eigenverantwortung und verpflichten sich zu Branchenlösungen.

### Saubere Stadt

Im Sommer führte ein Institut für Markt- und Sozialforschung im Auftrag der Stadt bei 400 Haushalten eine Telefonumfrage durch. Thema war die Wahrnehmung der Sauberkeit im öffentlichen Raum. Erfreulicherweise belegen die Ergebnisse der Umfrage allgemein eine hohe Wohnqualität in St.Gallen. Positiv bewertet werden die Schönheit der Stadt, die Nähe zur Natur, das Bildungsangebot und auch die öffentlichen Verkehrsmittel. Weniger gute Noten erhält die Sauberkeit. Auf einer Bewertungsskala von 0 - 10 erhält St.Gallen einen Wert von 7.5, analog z.B. der Stadt Lausanne. Als Vergleich: Für die Stadt Zürich wurde ein Wert von 6.9 und für Luzern ein solcher von 7.9 ermittelt.

Die Sauberkeit auf Strassen wird gut beurteilt. Die Sammelstellen für Glas- und Metallverpackungen nehmen die Befragten als eher unsauber wahr. Im Gebiet Hauptbahnhof/Hauptpost und in den Gebieten Marktplatz/Bohl, Lachen und Linsebühl bemängeln die Befragten vor allem die achtlos weggeworfenen Abfälle.

Es wurde auch nach den Gründen der Wegwerfmentalität gefragt: Über 60% der Befragten sind der Meinung, Faulheit, Achtlosigkeit, Gleichgültigkeit seien die Gründe. Die Nennungen zu wenig häufige Kehrrichtabfuhr, fehlende Abfallbehälter und Ausländer liegen am Ende der Beurteilungsskala.

Gegen 60% der Befragten sind der Meinung, dass nicht mehr Mittel für Reinigungsaufgaben ausgegeben werden sollten, und 70% äussern sich dahingehend,

dass genügend unternommen werde, um die Stadt sauber zu halten. Basierend auf diesen Ergebnissen werden nun für die einzelnen Problemgebiete Massnahmen zur Verbesserung erarbeitet. Dies geschieht in Zusammenarbeit den betroffenen städtischen Dienststellen und mit Dritten wie z.B. den Quartiervereinen, den Grossverteilern und weiteren Partnern.

### Branchenlösungen kommen voran

Das 1998 zusammen mit den Umweltschutzfachstellen der Kantone St.Gallen und beider Appenzell erarbeitete Vollzugskonzept «Branchenlösung» wurde mittlerweile für die Branchen Textilreiniger, Baumaier, Autoreparaturbetriebe und Baustoffrecycler umgesetzt. So werden Kontrollaufgaben und Sanierungsmassnahmen, die vom Umweltrecht vorgeschrieben sind, durch die Branche selber wahrgenommen. Weiterhin in der Hand der Behörde bleiben Verfügungen bei Bewilligungen, der hoheitliche Vollzug bei nicht kooperativen Betrieben und die Qualitätssicherung für die Branchenlösungen.

Den weitesten Umsetzungsstand besitzt die seit 1999 funktionierende Branchenlösung der Baumaier. Nach ursprünglich 26 beanstandeten Betrieben sind nun mit einer einzigen Ausnahme alle Malerbetriebe auf Stadtgebiet umweltrechtskonform. Die im Dezember 2002 erfolgte behördliche Stichprobenkontrolle untermauert diesen Befund. Ebenfalls etabliert ist der Branchenvollzug der Textilreiniger. Die übrigen Branchenlösungen befinden sich noch in der Erhebungs- und Erstkontrollphase.



### Messort Volksbadstrasse

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Stickstoffdioxid (NO <sub>2</sub> ) in µg/m <sup>3</sup> (Grenzwert 30 µg/m <sup>3</sup> )	36	36	34	28	31	33
Ozon (O <sub>3</sub> ), Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen (120 µg/m <sup>3</sup> )	134	184	169	281	250	142



Die Stimmberechtigten haben im vergangenen Jahr über drei städtische Vorlagen entschieden. Themen waren die Eisbahn, die Übernahme des Mummenschanz-Theaters und die Zweimalabfuhr. Der Grosse Gemeinderat hat für verschiedene Kultureinrichtungen die Subventionen erhöht.

### Wichtige Geschäfte im Grossen Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat nahm Kenntnis vom Kulturbericht 2001 und erhöhte die Subventionen für Kinok, Freihandbibliothek, Stiftsbibliothek, Kunsthalle, Museum im Lagerhaus, Grabenhalle und zur Förderung des aktuellen Kulturschaffens.

Für den Ausbau des Informatikeinsatzes in den Volksschulen und Kindergärten bis ins Jahr 2005 hat er einem Verpflichtungskredit von rund CHF 3.8 Mio. zugestimmt.

Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) für die Stadt St.Gallen wurde genehmigt.

Der Grosse Gemeinderat stimmte einem befürwortenden Vernehmlassungsbeschluss zum Staatsstrassenprojekt für die Korrektur der Zürcher Strasse zu. Das Vorhaben steht im Zusammenhang mit dem Projekt für ein neues Fussballstadion/Einkaufszentrum.

Kenntnis genommen hat er vom Bericht über die Zentrumslasten und ihre Abgeltung. Schliesslich nahm der Grosse Gemeinderat Kenntnis vom Bericht über Neuorganisation und neue Schwerpunkte von Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing.

### Initiativen / Referenden

Am 22. September wurde über das Referendum gegen das Projekt «Mummenschanz-Theater in St.Gallen» und – in obligatorischer Volksabstimmung – über den Neubau einer Eissportanlage im Lerchenfeld im Kostenbetrag von CHF 22 835 000 abgestimmt. Das Projekt «Mummenschanz-Theater» verwarf das Stimmvolk mit 53 % Nein-Stimmen. Der Neubau einer Eissportanlage Lerchenfeld wurde mit 80 % Ja-Stimmen angenommen.

Am 24. November 2002 kam die Volksinitiative «Üs schtinks! – Städtische Initiative zur Einführung von zwei wöchentlichen Kehrrixtabfahren» zur Abstimmung. Die Initiative wurde mit 75 % Nein-Stimmen abgelehnt.



### Parlamentarische Vorstösse: gemäss Eingang

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Motionen	7	3	3	4	6	3
Postulate	5	6	14	7	10	9
Interpellationen	17	15	15	34	21	25
Einfache Anfragen	31	21	42	33	25	8

